

trag der Schweiz haben wir dem humanitären Auftrag der Schweiz den Vorzug gegeben.

Der Bundesrat ist überzeugt, dass er mit dieser Politik – nämlich einer grosszügigen Aufnahmepolitik gegenüber den «alten» Flüchtlingen – auch dem Wunsch des Parlamentes und einer weiteren schweizerischen Öffentlichkeit Rechnung trägt. Das Parlament hat damals die Globallösung, wie Sie sich erinnern, nur knapp abgelehnt. Der Bundesrat sieht darin einen Auftrag, bei diesen «alten» Fällen, in denen Kinder bei uns zur Schule gehen, eine humanitäre Bewilligung zu geben. Es ist übrigens anzunehmen, dass diese Zahl jetzt zurückgehen wird, weil wir daran sind, die alten Fälle abzubauen.

Herr Ruf, ich bin überzeugt, dass das Schweizervolk nicht Ihre Politik verfolgt, sondern will, dass die Asylbewerber korrekt behandelt werden, dass sie Anspruch darauf haben, einem fairen Verfahren unterzogen zu werden, dass übermässige Härten vermieden werden sollen. Es verlangt aber auch – davon bin ich überzeugt –, dass abgewiesene Asylbewerber nachher die Schweiz auch verlassen. In aller Regel wird das durchgeführt. Das ist die Politik des Bundesrates; es war die Politik von Anfang an, und es ist diejenige, die wir auch in Zukunft durchführen werden.

Herr Neukomm hat sich nach dem Haftpflichtrecht erkundigt. Ich kann ihm versichern, dass es auch mir ein grosses Anliegen ist. Die Produkthaftpflicht soll nicht – wie Sie ja wissen – separat verwirklicht werden, sondern sie soll in den Rahmen einer Gesamtrevision des Haftpflichtrechtes gestellt werden. Die entsprechende Arbeitsgruppe in meinem Departement unter der Leitung von Herrn Dr. Widmer wird in diesem Sommer eingesetzt. Sie wird bis nächstes Jahr einen ersten Bericht erarbeiten. Anschliessend wird die Expertenkommission eingesetzt; wir hoffen, bis zum Jahre 1992 einen entsprechenden Entwurf vorlegen zu können.

Herr Salvioni ist auf die Abgasvorschriften für schwere Dieselfahrzeuge zu sprechen gekommen. Ich möchte hier das, was er ausgeführt hat, in aller Form wiederholen: Das Verfahren, das der Bundesrat gewählt hat, nämlich das sogenannte ECR-49 Verfahren, führt zu den genau gleichen Ergebnissen wie das sogenannte US-Transient-Verfahren. Es kann also keine Rede davon sein, dass man nun unter dem Druck der EG eine umweltunfreundliche Lösung getroffen hat. Der Bundesrat hat die Lösung getroffen, die sich mit den Vorschriften der EG verträgt, die aber der Umwelt nicht weniger, sondern sogar mehr bringt. Denn einmal sind die Emissionen – das kann man dank einem Korrelationsverfahren klarstellen – bei diesem Verfahren nicht weniger stark als beim sogenannten US-Transient-Verfahren. Dazu hat die Lösung den Vorteil, dass sie einfacher durchzuführen ist, dass es möglich ist, auch Serienüberprüfungen zu machen.

Das US-Transient-Verfahren, das von verschiedenen Kreisen empfohlen wurde, ist ein ausserordentlich kompliziertes Verfahren. Im Amerika bestehen beispielsweise nur zwei solcher Prüfsysteme. Es ist also ausgeschlossen, Serienüberprüfungen durchzuführen.

Mit unserem Verfahren können, wie gesagt, auch Serienüberprüfungen durchgeführt werden, d. h. dass die Automobil- und Lastwagenhersteller bei der Konstruktion wesentlich sorgfältiger sein werden, weil eben auch die Serien überprüft werden.

Wie gesagt: es war nicht eine Alternative EG oder Umweltschutz, sondern wir waren in der glücklichen Situation, ein Verfahren zu wählen, das sowohl EG-tauglich ist als auch dem Umweltschutz ein Optimum bringt.

Die zweite Intervention von Herrn Ruf betraf die Rückführung der Tamilen. Wie Sie den Zeitungen entnehmen konnten, fanden diesbezüglich internationale Gespräche statt, und zwar auch mit dem Uno-Hochkommissar. Es ist geplant, eine stufenweise Rückführung – koordiniert mit den verschiedenen anderen europäischen Staaten – durchzuführen. In Europa befinden sich um die 70 000 Tamilen. Diese können, um grosse Probleme für das Land zu vermeiden, nur stufenweise zurückgeführt werden. Wir sind daran,

einen diesbezüglichen Plan zu erarbeiten, der mit Integrationsmassnahmen in Sri Lanka kombiniert ist.

Zum Anliegen, das Herr Ziegler vorgebracht hat, kann ich Ihnen einfach zusichern, dass ich ihm meine ganze Aufmerksamkeit schenken werde.

Herr Eggly hat die berechtigte Frage nach dem Stand der Gesuche im Beschwerdeverfahren aufgeworfen. Es ist tatsächlich so, dass der Delegierte nun dank dem neuen Verfahren etwas «Luft» bekommen hat, dass er Schritt halten kann mit den neu eingehenden Gesuchen, weil er zum Teil auf eine zusätzliche mündliche Befragung verzichten kann. Beim Beschwerdedienst macht sich aber ein gewisser Rückstau bemerkbar. Der Beschwerdedienst hat – das ist eine grosse Sorge für uns – auch Rekrutierungsprobleme. Wir konnten nicht alle Stellen besetzen, die das Parlament uns bewilligt hat. Das Departement unternimmt gegenwärtig grosse Anstrengungen, damit diese Stellen besetzt werden können. Leider ist es auch so, dass die Kündigungen einen sehr hohen Stand erreicht haben, weil die Arbeit – wie ich dies im Zusammenhang auch mit der Frage von Frau Stöcker beantwortet habe – belastend ist. Sie ist im Beschwerdedienst fast noch belastender als beim Delegierten.

Der Beschwerdedienst wurde einer gründlichen Überprüfung durch das Departement unterzogen. Was organisatorisch an Rationalisierung möglich ist, wurde gemacht. Nun gilt es, die zusätzlichen Mitarbeiter zu gewinnen, und allenfalls zu prüfen, wie auch im Beschwerdedienst noch vermehrt mit Textbausteinen gearbeitet werden kann.

Es gibt aber eine gewisse Grenze. Man erwartet vom Beschwerdedienst zu Recht eine Qualität der Entscheide, die einem gerichtlichen Beschwerdeverfahren ähnlich ist; man verlangt zu Recht vom Beschwerdedienst sorgfältige Arbeit und nicht ein Schnellverfahren. So stehen wir vor einem ständigen Zielkonflikt: einerseits muss der Beschwerdedienst möglichst viele Entscheide möglichst rasch behandeln, auf der anderen Seite wird hohe Qualität verlangt. Ich versichere Ihnen, dass wir das Möglichste tun, um diesen beiden sich widersprechenden Forderungen gerecht zu werden.

Abschreibung – Classement

Präsident: Sie haben stillschweigend der Abschreibung von Motionen und Postulaten und der Aufrechterhaltung von alten Motionen und Postulaten gemäss Antrag des Bundesrates zugestimmt.

Zustimmung – Adhésion

Eidgenössische Gerichte – Tribunaux fédéraux

Leuenberger Moritz, Berichterstatter: Zu den eidgenössischen Gerichten habe ich keine Bemerkung.

Zustimmung – Adhésion

87.261

Aufsichtsbeschwerde des Kantons Jura gegen den Bundesrat Recours hiérarchique du canton du Jura auprès du Conseil fédéral

Leuenberger Moritz unterbreitet im Namen der Geschäftsprüfungskommission den folgenden schriftlichen Bericht zur Aufsichtseingabe der Regierung des Kantons Jura gegen den Bundesrat:

1. Gegenstand und Vorgehen

Die Regierung des Kantons Jura hat am 15. September 1987 der Bundesversammlung eine Eingabe eingereicht, in welcher sie sich gegen zwei Nichteintretensentscheide des Bundesrates auf Aufsichtsbeschwerden gegen den Kanton Bern wendet. Vom Bundesrat hatte sie verlangt, dass dieser eine Untersuchung der finanziellen Zuwendungen des Kantons Bern zugunsten einer Partei im Rahmen der Jura-plebiszite anordne. Ferner solle er alle Abstimmungen ungültig erklären, die von Unregelmässigkeiten belastet seien und der betroffenen Bevölkerung ermöglichen, frei darüber zu entscheiden, ob sie den Kanton Bern verlassen wolle, um in den Kanton Jura überzutreten.

Der Bundesrat entschied am 22. Januar 1986 sowie am 24. Juni 1987, er sei nicht zuständig, die behauptete Unzulässigkeit von Parteispenden, welche die Berner Regierung den Antiseparatisten zukommen liess, zu beurteilen. Er überwies deshalb die entsprechende Eingabe der Regierung des Kantons Jura vom 14. November 1985 dem Bundesgericht. Dieses hat das Verfahren bis zum Entscheid über zwei Beschwerden gegen die Laufental-Abstimmung und über das Wiedererwägungsgesuch des Kantons Jura an den Bundesrat eingestellt. Nach dem zweiten Entscheid des Bundesrates hat das Bundesgericht am 12. Oktober 1987 auf Gesuch der Regierung des Kantons Jura die Behandlung der Beschwerde erneut eingestellt, bis die Bundesversammlung über die bei ihr hängig gemachte Eingabe entschieden habe.

Die Büros beider Räte haben die Eingabe den Geschäftsprüfungskommissionen zur Vorberatung zugeteilt und dem Nationalrat die Priorität zugewiesen. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat ihre Sektion Justiz- und Polizeidepartement mit den Vorabklärungen beauftragt. Diese hat gemeinsam mit der entsprechenden Sektion der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates je eine Delegation der drei betroffenen Behörden zu Zuständigkeitsfragen angehört und die sich stellenden Rechtsfragen gemeinsam erörtert. Die Geschäftsprüfungskommission hat den vorliegenden Bericht an ihrer Sitzung vom 16. und 17. Mai 1988 beraten und verabschiedet.

2. Begehren des Kantons Jura

In seiner Eingabe vom 15. September 1987 beantragt der Regierungsrat des Kantons Jura, die Bundesversammlung solle die Nichteintretensentscheide des Bundesrates als rechtswidrig erklären. Für den Fall, dass die Bundesversammlung nicht materiell auf das Begehren eintrete, habe sie, gestützt auf Artikel 85, Ziffer 13 der Bundesverfassung (Kompetenzstreitigkeiten), zu entscheiden, ob der Bundesrat oder das Bundesgericht zuständig sei, die Aufsichtsbeschwerde vom 14. November 1985 zu behandeln.

Wie der Regierungsrat des Kantons Jura im Laufe der Vorabklärungen konkretisiert, betrachtet er seine Eingabe vom 15. September 1987 als Beschwerde im Sinne von Artikel 85 Ziffer 12 der Bundesverfassung (Administrativstreitigkeiten). Subsidiär sei die Eingabe als Anzeige an die Oberaufsichtsbehörde im Sinne von Artikel 85 Ziffer 11 der Bundesverfassung (Oberaufsicht über die eidgenössische Verwaltung und Rechtspflege), zu betrachten, mit dem Ziel, dass die Bundesversammlung die Angelegenheit an die zuständige Behörde weise oder selber entscheide. Werde auch diesem Begehren nicht gefolgt, so sei die Angelegenheit dem Bundesgericht zum Entscheid über dessen Kompetenz zu überweisen, damit dieses durch den zu erwartenden Nichteintretensentscheid den Kompetenzkonflikt formell herstellen könne.

An der mündlichen Aussprache erachten die Vertreter des Kantons die Voraussetzung für einen Entscheid der Bundesversammlung sowohl auf Grundlage der Oberaufsicht wie auch auf jener der Administrativstreitigkeiten für gegeben. Hingegen anerkennen sie, dass ein Kompetenzkonflikt zurzeit nicht bestehe. Eine zusätzliche Kompetenz erwächst nach ihrer Auffassung dem Bund aus seiner Zuständigkeit, die Entstehung von Kantonen im Bundesstaat zu überwachen. Schon in seiner ersten Eingabe an die Bundesver-

sammlung (die vom Bundesrat im Hinblick auf das hängige Wiedererwägungsgesuch nicht an das Parlament weitergeleitet worden ist) hat die Kantonsregierung die Auffassung vertreten, die Regeln, welche das Verfahren einer Kantons-trennung bestimmen, seien Bundesrecht. Der Verweis auf den Zusatz zur bernischen Staatsverfassung ändere diese Lage nicht. Artikel 21 des Verfassungszusatzes sei ersatzweises Bundesrecht.

Die Zuständigkeit des Bundesrates zum Entscheid über die Aufsichtsbeschwerde gegen den Kanton Bern stützt sich nach Auffassung des Regierungsrates des Kantons Jura auf Artikel 102 Ziffer 2 der Bundesverfassung (Kompetenz des Bundesrates, für die Beobachtung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse des Bundes zu wachen und von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen zu treffen, soweit dies nicht dem Bundesgericht übertragen ist). Diese Kompetenz umfasse auch die Anordnung der verlangten Untersuchung. Der Zusatz zur bernischen Staatsverfassung gelte immer noch, da in bezug auf die Zugehörigkeit des Laufentals immer noch Verfahren hängig seien.

3. Stellungnahmen

31. Die Haltung des Regierungsrates des Kantons Bern
Der Regierungsrat des Kantons Bern verlangt die Beschränkung des Verfahrens auf die Zuständigkeit von Bundesversammlung und Bundesrat und beantragt der Bundesversammlung, auf die Eingabe des Regierungsrates des Kantons Jura nicht einzutreten. Im Rahmen der Vorabklärungen vertritt er die Auffassung, ein Kompetenzkonflikt zwischen Bundesrat und Bundesgericht liege nicht vor, da sich das Bundesgericht zur Eintretensfrage noch nicht geäußert habe. Eine Administrativstreitigkeit sei nicht gegeben, da der vorliegende Streitfall nicht unter die abschliessende Regelung von Administrativstreitigkeiten falle. Eine Beurteilung der Angelegenheit unter dem Gesichtswinkel der allgemeinen Oberaufsicht der Bundesversammlung über den Bundesrat schliesslich könne ohnehin keine rechtliche Wirkung zeitigen.

Im Rahmen der mündlichen Aussprache sind die Vertreter des Regierungsrates des Kantons Bern der Auffassung, die Bundesversammlung habe sich mit der Frage der Zuständigkeit des Bundesrates nicht zu befassen. Die Abstimmungen im Rahmen des Selbstbestimmungsverfahrens zur Gründung des neuen Kantons hätten auf kantonale-bernischem Recht beruht. Der Bund habe ausdrücklich darauf verzichtet, bundesrechtliche Verfahrensvorschriften aufzustellen, obwohl dies denkbar gewesen wäre. Nach Artikel 20 des Verfassungszusatzes sei das kantonale Recht auf die Volksbefragung selber und auf die ihr folgenden Verfahren anwendbar gewesen. Diese Bestimmung erstrecke sich insbesondere auch auf den Rechtsmittelweg. In bezug auf den Kanton Jura sei spätestens mit der Erwahrung der Abstimmung zur Teilrevision der Bundesverfassung im Jahre 1978 jede mögliche Anrufung des Gewährleistungsbeschlusses von 1970 und damit des Verfassungszusatzes dahingefallen.

32. Die Haltung des Bundesrates

Der Bundesrat (vertreten durch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement) beantragt, auf die Aufsichtseingabe nicht einzutreten.

Aus dem Oberaufsichtsrecht könne die Bundesversammlung keine Befugnis herleiten, den Entscheid des Bundesrates aufzuheben oder zu ändern. Der vorliegende Streitfall sei überdies beim Bundesgericht noch hängig. Die Bundesversammlung dürfe dem Entscheid des Bundesgerichtes nicht vorgreifen.

Die Aufsichtseingabe des Kantons Jura an die Bundesversammlung stelle keine Administrativstreitigkeit dar; Artikel 79 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zähle die Beschwerdeentscheide des Bundesrates abschliessend auf, die an die Bundesversammlung weitergezogen werden können. Es liege keiner dieser Fälle vor.

Ein Kompetenzkonflikt zwischen Bundesbehörden, der von der Bundesversammlung zu entscheiden wäre, liege nur

vor, wenn die Exekutive und die Judikative gleichermassen ihre Zuständigkeit zur Beurteilung einer Streitsache entweder verneinen (negativer Kompetenzkonflikt) oder bejahen (positiver Kompetenzkonflikt). Erst falls auch das Bundesgericht seine Zuständigkeit endgültig verneinen und der Bundesrat seinerseits auf seiner Unzuständigkeit beharren sollte, wären die Voraussetzungen von Artikel 85 Ziffer 13 der Bundesverfassung erfüllt. Jede der angerufenen Behörden habe ihre Zuständigkeit von Gesetzes wegen selber zu prüfen; diese gesetzliche Ordnung dürfe nicht dadurch unterlaufen werden, dass versucht werde, die Bundesversammlung im Wege der Aufsichtseingabe zum Einschreiten zu veranlassen.

An der mündlichen Aussprache präzisieren die Vertreter des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes insbesondere den Standpunkt des Bundesrates zur Frage der Bundeszuständigkeit im Rahmen eines Trennungsverfahrens: Mit dem Gewährleistungsbeschluss von 1970 zum bernischen Verfassungszusatz anerkannte die Bundesversammlung ausdrücklich, dass der Kanton Bern zuständig sei, das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren und die Verfahrensregeln selber aufzustellen, sowie dass diese Verfahrensregeln mit dem Bundesrecht in Einklang stünden. Wohl hätte der Bund selber anstelle des Kantons Bern die Verfahrensregeln aufstellen dürfen, da Änderungen im Gebiet der Kantone in hohem Mass auch ein bundesstaatlicher Vorgang seien. Der Bund habe aber den Kanton Bern im Rahmen seiner Verfassungsautonomie und in den Schranken des Bundesrechts bewusst gewähren lassen. Im gesamten Trennungsverfahren sei somit die bundesrechtliche Ordnung unverändert gültig geblieben. Die Bundesversammlung habe in Artikel 2 des Gewährleistungsbeschlusses bloss auf die Ausübung ihrer eigenen Kompetenz gemäss Artikel 85 Ziffer 7 der Bundesverfassung (Massregeln für die innere Sicherheit, für Handhabung von Ruhe und Ordnung) verzichtet, dem Bundesrat jedoch keine neuen Zuständigkeiten übertragen. Für eine solche Uebertragung hätte es eines rechtsetzenden Erlasses bedurft. Der Bundesrat habe somit bloss seine Kompetenz nach Artikel 102 Ziffer 10 der Bundesverfassung wahrzunehmen gehabt (Kompetenz zur Sorge für die innere Sicherheit der Eidgenossenschaft, für Handhabung von Ruhe und Ordnung).

Bei den Plebisziten handelte es sich nach Auffassung des Bundesrates um kantonale Abstimmungen. Als solche seien sie in der Praxis bereits behandelt worden. Beispielsweise seien gegen die Vereinigungen der Stimmregister durch die bernische Regierung staatsrechtliche Beschwerden an das Bundesgericht geführt worden. Dieses sei ebenso wie Bundesrat und Kanton Bern in der Praxis immer davon ausgegangen, dass kantonale Abstimmungen vorlägen. Dies zeige auch das Verfahren in bezug auf das Laufental. Hier hätten Laufentaler Stimmbürger den Nichteintretensentscheid des bernischen Grossen Rates auf eine Beschwerde betreffend die Amtsaffäre mit staatsrechtlicher Beschwerde an das Bundesgericht weitergezogen mit der Begründung, die finanzielle Hilfe des Kantons an eine Partei habe die kantonale Abstimmung verfälscht. Das Bundesgericht sei auf diese Beschwerde eingetreten und habe sie gutgeheissen. Gegen die Behandlung der Angelegenheit im Grossen Rat hätten Stimmbürger aus dem Laufental erneut Beschwerde an das Bundesgericht eingereicht, welches sich für zuständig erachte, auch diesen Fall zu behandeln.

4. Erwägungen der Geschäftsprüfungskommission

41. Umfang der Prüfung

Unter welchem Titel die Bundesversammlung zuständig ist, die Eingabe des Kantons Jura vom 15. September 1987 zu prüfen, ist von Bedeutung, weil das parlamentsinterne Verfahren davon abhängt. Wird die Grundlage in der Entscheidungszuständigkeit der Bundesversammlung über Administrativstreitigkeiten (Artikel 85 Ziffer 12 Bundesverfassung) oder in der Zuständigkeit zum Entscheid über Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bundesbehörden (Artikel 85 Ziffer 13 Bundesverfassung) erblickt, so ist die Vereinigte Bundesversammlung Prüfungsinstanz. Nach Artikel 12 ihres

Reglementes haben die Büros der beiden Räte für die Vorberatung in solchen Fällen eine Kommission zu bestellen, die aus neun Mitgliedern des Nationalrates und vier Mitgliedern des Ständerates besteht und der Vereinigten Bundesversammlung schriftlich einen begründeten Antrag stellt. Kann hingegen bloss die parlamentarische Oberaufsicht angerufen werden, sind die Vorschriften über die Behandlung von Petitionen anwendbar, wonach in jedem der eidgenössischen Räte die sachlich zuständige Kommission – im vorliegenden Fall die Geschäftsprüfungskommission – Antrag an das Plenum stellt.

Die Geschäftsprüfungskommission hat daher bereits am 19. November 1987 beschlossen, vorweg die Zuständigkeitsfrage zu prüfen. Da die Zuständigkeit der Bundesversammlung wesentlich von der Rechtsnatur der Eingabe des Kantons Jura an den Bundesrat abhängt, ist die Frage der Zuständigkeit des Bundesrates zunächst mit in die Betrachtung einbezogen worden.

42. Prüfung unter dem Titel der Oberaufsicht

Der parlamentarischen Oberaufsicht untersteht das gesamte Handeln von Bundesrat und Verwaltung. Eine subsidiäre Zuständigkeit der Bundesversammlung unter diesem Titel ist somit grundsätzlich gegeben. Falls die Eingabe des Kantons Jura an den Bundesrat als Aufsichtsanzeige gewertet wird, liegt auch kein justizförmiges Verfahren vor, demgegenüber die Geschäftsprüfungskommissionen nach ständiger Praxis grundsätzlich die gleiche Zurückhaltung üben wie gegenüber Entscheiden des Bundesgerichtes.

Hingegen ist die Bundesversammlung unter diesem Titel nicht zuständig, die vom Kanton Jura anbegehrten Entscheide über die zuständige Behörde bzw. über die Sache selber zu treffen. Die Bundesversammlung kann kraft Oberaufsichtsrecht Entscheide des Bundesrates weder aufheben noch abändern (Artikel 47quater Absatz 4 des Geschäftsverkehrsgesetzes).

Dadurch, dass der Bundesrat die Eingabe des Kantons Jura an das Bundesgericht überwiesen hat, ist die Angelegenheit ohnehin zu einem hängigen Justizverfahren geworden. Gegenüber dem Verfahren vor Bundesgericht gilt für die parlamentarische Oberaufsicht der Grundsatz der Nachträglichkeit. Um jede Einflussnahme auf die richterliche Entscheidung zu vermeiden, muss die Bundesversammlung darauf verzichten, sich während des Verfahrens im Rahmen der Oberaufsicht zum Urteilsgegenstand zu äussern.

Die Prüfung unter diesem Titel ist daher gemäss der ständigen Praxis der Geschäftsprüfungskommission zu hängigen Parteiverfahren bis zum Entscheid des Bundesgerichtes auszusetzen.

43. Prüfung unter dem Titel des Kompetenzkonfliktes

Dass ein negativer Kompetenzkonflikt zwischen Bundesrat und Bundesgericht entsteht, ist im vorliegenden Fall zwar denkbar; die Frage kann jedoch erst beurteilt werden, wenn das Bundesgericht über seine Zuständigkeit entschieden hat. Der Gesuchsteller hat denn auch sein entsprechendes Begehren für den gegenwärtigen Stand des Verfahrens anlässlich der mündlichen Aussprache nicht mehr aufrechterhalten.

44. Prüfung unter dem Titel der Administrativstreitigkeiten

Nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Artikel 73 und 79) können Beschwerdeentscheide des Bundesrates gegen kantonale Verfügungen und Erlasse an die Bundesversammlung weitergezogen werden, wenn die Verletzung bestimmter Verfassungsvorschriften geltend gemacht wird (so die unentgeltliche Ausrüstung der Wehrmänner, das kantonale Schulwesen, das Jesuitenverbot und die Begräbnisplätze). Dasselbe gilt in bezug auf Bestimmungen über Handels- und Zollverhältnisse, Patentgebühren, Freizügigkeit und Niederlassung in Staatsverträgen mit dem Ausland, sowie für Fälle, in denen ein besonderes Bundesgesetz die Beschwerde an die Bundesversammlung zulässt. Die Eingabe des Kantons Jura an die Bundesversammlung fällt offensichtlich unter keinen der gesetzlich geregelten

Fälle von Administrativstreitigkeiten. Der Gesuchsteller beruft sich denn auch unmittelbar auf die verfassungsmässige Zuständigkeit der Bundesversammlung (darauf wird unter Ziffer 4.5 näher eingegangen).

45. Prüfung unter dem Titel einer Bundeskompetenz im Rahmen von Kantonsteilungen

Der Gesuchsteller begründet seinen Rechtsstandpunkt im wesentlichen damit, dass nicht damit zu rechnen sei, dass das Bundesgericht auf die ihm überwiesene Eingabe eintreten werde. Als Behörde sei die Kantonsregierung nicht zur Stimmrechtsbeschwerde legitimiert, während eine staatsrechtliche Klage kaum in Frage komme, weil zum Zeitpunkt der streitigen Vorfälle der Kanton Jura noch gar nicht existiert habe und somit der Gegenstand der Eingabe keine Streitigkeit unter zwei Kantonen darstellen könne. Umgekehrt sei der Bundesrat von Verfassungs wegen zuständig zum Entscheid über die Beschwerde des Kantons Jura. Das Recht des Trennungsverfahrens sei Bundesrecht. Die Bundesversammlung habe mit dem Gewährleistungsbeschluss vom 7. Oktober 1970 den Bundesrat beauftragt, im Sinne von Artikel 21 des bernischen Verfassungszusatzes die nötigen Massnahmen zu treffen um die ordnungsgemässe Durchführung der Volksbefragungen sicherzustellen. Im Rahmen dieser bundesrechtlichen Ueberwachungspflicht habe der Bundesrat nach Artikel 102 Ziffer 2 von sich aus oder auf eingegangene Beschwerde die erforderlichen Verfügungen zu treffen.

Diese Auffassung trifft nur zu, wenn entweder angenommen wird, die Bundesversammlung habe mit dem Gewährleistungsbeschluss von 1970 bundesrechtliche Vorschriften für das Trennungsverfahren erlassen. Dann wäre Artikel 21 des kantonalbernerischen Verfassungszusatzes Bundesrecht geworden. Oder man räumt ein, dass dies nicht geschehen ist, sieht darin jedoch eine echte Lücke, die von einer (noch zu bestimmenden) Instanz geschlossen werden müsse. Im einen wie im anderen Fall würde die Eingabe des Kantons Jura an die Bundesversammlung Gegenstand einer gesetzlich nicht vorgesehenen Administrativstreitigkeit, für welche allenfalls ein Instanzenweg vom Bundesrat an die Bundesversammlung zu schaffen wäre.

Zur Schaffung von Bundesrecht:

Die Bundesbehörden sind 1970 durchaus davon ausgegangen, es sei mangels ausdrücklicher Rechtsgrundlage Bundeskompetenz, das Verfahren der Trennung des Kantons in zwei Kantone mitzubestimmen. Der Bundesrat bezeichnet in seiner Botschaft über die Gewährleistung der Verfassung des künftigen Kantons Jura vom 20. April 1977 kantonale Verfassungsnormen über das Trennungsverfahren, wie sie im Verfassungszusatz des Kantons Bern enthalten sind, «als Ersatz für fehlendes Bundesrecht». Im Jahre 1978 hat er sich denn auch für befugt gehalten, eine materiell verfassungsunmittelbare Verordnung über die Gründung des Kantons Jura zu erlassen, die für die Uebergangszeit kantonales Verfassungsrecht geschaffen hat.

Aber auch wenn man davon ausgeht, dass der Bund zum Regeln des Trennungsverfahrens zuständig war, muss festgestellt werden, dass bereits die Bundesversammlung mit der Gewährleistung des Zusatzes zur bernischen Kantonsverfassung entschieden hat, die erforderlichen Vorschriften nicht selber zu erlassen, sondern die Regelung, die der Kanton Bern getroffen hatte, anzuerkennen. Sie hat damit die Regelung des Verfahrens an diesen Kanton delegiert – allerdings in einem blossen einfachen Bundesbeschluss. Sie hat sich offenbar auch damit begnügt, dass der Verfassungszusatz für den Rechtsschutz keine besonderen Verfahrensbestimmungen aufstellt, sondern in Artikel 20 das kantonale Recht auf alle der Volksbefragung folgenden Verfahren anwendbar erklärt. Die Rechtspflegezuständigkeiten sind somit nicht abgeändert worden, so dass Stimmrechtsbeschwerden bezüglich der Abstimmungen im Trennungsverfahren über den Regierungsrat des Kantons Bern an das Bundesgericht zu laufen haben.

Zur Annahme einer Lücke:

Dieser Entscheid hat zwar zur Folge, dass Bürger, die sich durch die Parteienspenden in ihrem Stimmrecht verletzt sehen, ihre Beschwerde zunächst an den Regierungsrat richten müssen, dessen Vorgehen sie rügen. Dass in diesem Sinne die erste urteilende Instanz in der Sache Partei ist, kommt aber auch bei anderen Abstimmungsbeschwerden vor und gilt nicht als verfassungswidrig. Der Verzicht auf eine Sonderregelung mag ferner auch zur Folge haben, dass die Regierung des künftigen Kantons als solche über kein rechtliches Mittel verfügt, um Unregelmässigkeiten bei der Gründung ihres Kantons zu rügen. Doch mag zwar im nachhinein die Schaffung einer solchen Möglichkeit als zweckmässig erscheinen; der Verzicht darauf kann aber nicht als verfassungswidrige Einschränkung des Rechtsweges (der jedem betroffenen Bürger offen stand) bezeichnet werden. Es besteht daher keine Notwendigkeit, etwas in die Verfassung hineinzuiinterpretieren, was ihr nach den damaligen Entscheiden nicht entnommen werden kann.

Ausschlaggebend für die Frage nach der Zuständigkeit der Bundesversammlung ist darüber hinaus letztlich die verfassungsrechtliche Kompetenzregelung in bezug auf Administrativstreitigkeiten: Die Bundesversammlung ist nach der geltenden Bundesverfassung – abgesehen von den Kompetenzstreitigkeiten – ausschliesslich für Beschwerdeentscheide im Rahmen solcher Streitigkeiten zuständig. Nach Artikel 113 der Bundesverfassung stellen die Administrativstreitigkeiten Ausnahmen von der verfassungsmässigen Zuständigkeit des Bundesgerichtes dar, welche nur durch die Bundesgesetzgebung begründet werden können. Fälle, die von der Bundesgesetzgebung nicht ausdrücklich als Administrativstreitigkeit dem Bundesrat zum Entscheid zugewiesen sind, fallen automatisch in die Kompetenz des Bundesgerichtes. Diese verfassungsmässige Ordnung lässt keinen Raum für die Anerkennung von Lücken in der Kompetenzordnung. Für die Annahme einer verfassungsunmittelbaren Administrativstreitigkeit, welche die Bundesversammlung entscheiden könnte, besteht daher keine hinreichende Grundlage.

5. Ergebnis

Die Geschäftsprüfungskommission kommt aus diesen Erwägungen zum Schluss,

- dass der Eingabe unter dem Gesichtspunkt eines Kompetenzkonfliktes zwischen Bundesrat und Bundesgericht einstweilen keine Folge gegeben werden kann – falls ein solcher Konflikt noch entstehen sollte, steht es dem Gesuchsteller frei, ihn zu gegebener Zeit geltend zu machen;
- dass der Eingabe unter dem Gesichtspunkt der Oberaufsicht angesichts der vor Bundesgericht hängigen Verfahren einstweilen ebenfalls keine Folge gegeben werden kann – der Gesuchsteller wird darauf hingewiesen, dass er nach Erhalt des Bundesgerichtsentscheides der Bundesversammlung Mitteilung machen kann, wenn er deren Oberaufsicht über das Gericht anrufen will;
- dass der Eingabe unter dem Gesichtspunkt der Administrativstreitigkeit mangels Zuständigkeit der Bundesversammlung keine Folge gegeben werden kann.

M. Leuenberger Moritz soumet au nom de la Commission de gestion le rapport écrit suivant:

1. Objet et manière de procéder

Le 15 septembre 1987, le Gouvernement de la République et canton du Jura a fait parvenir à l'Assemblée fédérale une requête dans laquelle il s'élève contre la décision du Conseil fédéral de ne pas entrer en matière sur les requêtes qu'il lui avait adressées pour protester contre l'attitude du canton de Berne. Dans ces requêtes, le gouvernement jurassien conclut à ce que le Conseil fédéral ouvre une enquête sur le soutien financier accordé par le canton de Berne à l'une des parties impliquées dans les plébiscites sur le Jura. Il lui demandait aussi de déclarer viciés tous les scrutins entachés d'irrégularités et de permettre aux populations

concernées de choisir librement le canton auquel elles souhaitent appartenir.

Le 22 janvier 1986, puis de nouveau le 24 juin 1987, le Conseil fédéral s'est déclaré incompétent pour connaître de la prétendue irrégularité des contributions financières que le gouvernement bernois avait consenti aux antiséparatistes. Le Conseil fédéral a donc transmis la requête du gouvernement jurassien du 14 novembre 1985 au Tribunal fédéral. Celui-ci a suspendu la procédure jusqu'à droit connu sur deux recours déposés contre le plébiscite dans le Laufonnais et sur la demande de reconsidération que le canton du Jura avait adressée au Conseil fédéral. Suite à la décision du Conseil fédéral du 24 juin 1987 et sur demande du gouvernement de la République et Canton du Jura, le Tribunal fédéral a, le 12 octobre 1987, ordonné une nouvelle suspension de la procédure jusqu'à ce que l'Assemblée fédérale ait statué sur la demande en suspens.

Les bureaux des deux conseils ont transmis la requête aux Commissions de gestion, qui sont chargées de l'examen préalable, et ont accordé la priorité au Conseil national. La Commission de gestion du Conseil national a donné mandat à sa section Département de justice et police de procéder à une enquête préliminaire de la requête. En collaboration avec la section correspondante de la Commission de gestion du Conseil des Etats, les membres de la section Département justice et police de la Commission de gestion du Conseil national ont entendu les délégations envoyées par les trois autorités intéressées en ce qui concerne les questions de compétence et ont discuté des problèmes juridiques qui se posent dans cette affaire. La Commission de gestion a débattu du présent rapport lors de sa séance des 16 et 17 mai 1988 et l'a adopté.

2. Requête de la République et Canton du Jura

Dans sa lettre du 15 septembre 1987, le gouvernement jurassien demande que l'Assemblée fédérale déclare contraires au droit les décisions du Conseil fédéral de ne pas entrer en matière. Elle y estime aussi qu'il appartient à l'Assemblée fédérale, au cas où elle refuserait d'entrer en matière quant au fond, de décider, en se fondant sur l'article 85, chiffre 13, de la Constitution fédérale (conflits de compétence), qui, du Conseil fédéral ou du Tribunal fédéral, est compétent pour connaître de la requête du 14 novembre 1985.

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura, ainsi qu'il l'a précisé au cours de l'enquête préliminaire, considère sa requête du 15 septembre 1987 comme une réclamation au sens de l'article 85, chiffre 12, de la Constitution fédérale (contestations administratives) et, subsidiairement, comme une plainte à l'autorité chargée d'exercer la haute surveillance au sens de l'article 85, chiffre 11, de la Constitution fédérale (haute surveillance de l'administration et de la justice fédérales). Une telle plainte, estime le gouvernement jurassien, contraindrait l'Assemblée fédérale soit à trancher elle-même l'affaire soit à la transmettre à l'autorité compétente. Au cas où l'on refuserait aussi de donner suite à cette plainte, l'affaire devrait, toujours selon le gouvernement jurassien, être transmise au Tribunal fédéral. Il est en effet probable, pense l'exécutif jurassien, que celui-ci se déclarerait à son tour incompétent, ce qui permettrait de voir le conflit de compétence éclater formellement.

Lors de l'entretien que des membres de la Commission de gestion ont eu avec les représentants du canton, ceux-ci ont estimé que les conditions nécessaires pour que l'Assemblée fédérale puisse prendre une décision étaient remplies tant si l'on considère la requête comme une plainte à l'autorité de haute surveillance que si l'on se fonde sur les dispositions relatives à la contestation administrative. Ils ont en revanche reconnu qu'il n'y avait pas, à l'heure actuelle, de conflit de compétence. La Confédération, selon eux, est, en plus, aussi compétente en la matière dans la mesure où il lui appartient de contrôler le processus de formation de nouveaux cantons dans la Confédération. Dans sa première requête à l'Assemblée fédérale (que le Conseil fédéral n'a pas transmise au Parlement étant donné la demande de reconsidération en suspens) le gouvernement cantonal avait déjà

défendu le point de vue selon lequel les règles applicables à la scission d'un canton relèvent du droit fédéral. Il estime que le fait de renvoyer à l'additif constitutionnel bernois ne change rien à la situation. L'article 21 de cet additif constitutionnel, selon lui, peut être assimilé à du droit fédéral.

Le gouvernement de la République et Canton du Jura pense que la compétence du Conseil fédéral de trancher la requête déposée contre le canton de Berne se fonde sur l'article 102, chiffre 2, de la Constitution fédérale (compétence du Conseil fédéral de veiller à l'observation de la constitution, des lois, et des arrêtés de la Confédération et de prendre, de son chef ou sur plainte, les mesures nécessaires pour les faire observer, lorsque le recours n'est pas du nombre de ceux qui doivent être portés devant le Tribunal fédéral). Selon l'exécutif jurassien, le Conseil fédéral a donc la compétence d'ordonner l'enquête qu'il a demandée. Il relève que l'additif constitutionnel bernois reste applicable dans la mesure où des procédures relatives à l'appartenance cantonale du Laufonnais sont toujours en cours.

3. Avis

31. Position du Conseil-exécutif du canton de Berne

Le Conseil-exécutif du canton de Berne exige que la procédure soit limitée à la question de la compétence de l'Assemblée fédérale et du Conseil fédéral et conclut à ce que l'Assemblée fédérale n'entre pas en matière sur la réclamation formée par le Gouvernement de la République et Canton du Jura. Dans le cadre de l'enquête préliminaire, le gouvernement bernois a estimé qu'il n'y avait pas de conflit de compétence entre le Conseil fédéral et le Tribunal fédéral, étant donné que ce dernier n'avait pas encore décidé s'il allait entrer en matière ou non. Selon lui, il n'y a pas non plus contestation administrative puisque le litige en question n'est pas visé par les dispositions exhaustives régissant les contestations administratives. Quant à une appréciation de l'affaire fondée sur le droit de haute surveillance que l'Assemblée fédérale exerce à l'égard du Conseil fédéral, le gouvernement bernois a estimé qu'elle n'aurait – quel que puisse en être le résultat – aucun effet juridique.

Lors de la discussion qu'ils ont eue avec des membres de la Commission de gestion, les représentants du Conseil-exécutif du canton de Berne étaient d'avis que l'Assemblée fédérale n'avait pas à traiter la question de la compétence du Conseil fédéral. Ils ont rappelé que les votations ayant eu lieu dans le cadre du processus d'autodétermination qui a abouti à la création du nouveau canton avaient été organisées en vertu du droit cantonal bernois, puisque la Confédération avait alors renoncé expressément à édicter des dispositions de procédure fédérales, bien que cela eût été envisageable. Selon l'article 20 de l'additif constitutionnel, ont affirmé les représentants bernois, le droit cantonal était applicable tant aux plébiscites en tant que tels qu'aux procédures qui leur ont fait suite, notamment aux procédures de recours. En ce qui concerne le canton du Jura, ils ont estimé que, depuis la validation de la votation de 1978 sur la révision partielle de la Constitution fédérale, si ce n'est depuis plus longtemps encore, il n'était plus possible d'invoquer ni l'arrêté fédéral de 1970 concernant la garantie de l'additif à la constitution du canton de Berne ni, à plus forte raison, l'additif constitutionnel lui-même.

32. Position du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral (représenté par le Département fédéral de justice et police) propose à l'Assemblée fédérale de ne pas entrer en matière sur la requête qui lui est adressée en sa qualité d'autorité investie du pouvoir de haute surveillance. Il estime en effet que le pouvoir de haute surveillance ne donne pas le droit au Parlement d'annuler une décision du Conseil fédéral ou de la modifier. Il attire par ailleurs l'attention de l'Assemblée fédérale sur le fait que le litige en question est pendant au Tribunal fédéral et qu'elle ne doit donc pas anticiper sur la décision de celui-ci.

Le Conseil fédéral est d'avis que le canton du Jura, dans sa requête à l'Assemblée fédérale, ne peut invoquer l'existence d'une contestation administrative; il relève en effet que les

décisions prises sur recours par le Conseil fédéral, qui peuvent être déférées à l'Assemblée fédérale sont énumérées de manière exhaustive à l'article 79, 1er alinéa, de la loi sur la procédure administrative. Or, relève le Conseil fédéral, nous ne nous trouvons pas en présence de l'un des cas cités.

Le Conseil fédéral rappelle qu'il ne peut être question de conflit de compétence entre autorités fédérales – un tel conflit ne devrait être tranché par l'Assemblée fédérale que si les pouvoirs exécutif et judiciaire se déclaraient tous deux compétents (conflit de compétence positif) ou incompétents (conflit de compétence négatif) pour connaître d'un litige. Pour que les conditions au sens de l'article 85, chiffre 13, de la Constitution fédérale soient remplies en l'occurrence, estime le Conseil fédéral, il faudrait que le Tribunal fédéral décline définitivement sa compétence et que lui-même, de son côté, confirme la décision dans laquelle il avait déclaré ne pas être compétent en la matière. Le Conseil fédéral rappelle que chacune des autorités saisies doit, de par la loi, examiner et décider elle-même si elle est compétente ou non. Il estime que cette réglementation ne doit pas être sapée par une tentative visant, par le biais d'une requête, à inciter l'Assemblée fédérale à intervenir.

Lors de leur entretien avec des membres de la Commission de gestion, les représentants du Département fédéral de justice et police ont, en particulier, précisé le point de vue du Conseil fédéral sur la question de la compétence fédérale dans la procédure de séparation. Leurs principaux arguments sont les suivants: en adoptant l'arrêté fédéral de 1970 concernant la garantie de l'additif à la constitution du canton de Berne, les Chambres fédérales ont expressément reconnu à l'Etat de Berne la compétence d'accorder le droit à l'autodétermination. Elles ont admis, par la même occasion, que celles-ci étaient conformes au droit fédéral. La Confédération, il est vrai, aurait pu établir ces règles de procédure elle-même car toute modification des frontières cantonales est aussi, et même dans une très large mesure, un processus fédéral. Or la Confédération a sciemment laissé faire le canton de Berne, dans le cadre de son autonomie constitutionnelle et dans les limites du droit fédéral. Pendant toute la procédure de séparation, le droit fédéral est donc toujours resté applicable. La seule exception à cette règle a été consentie par l'Assemblée fédérale, qui, à l'article 2 de l'Arrêté fédéral concernant la garantie de l'additif constitutionnel, a renoncé à l'exercice de la compétence que lui confère l'article 85, chiffre 7, de la Constitution fédérale (mesures pour la sûreté intérieure, pour le maintien de la tranquillité et de l'ordre) sans pour autant accorder de nouvelles compétences au Conseil fédéral. Une telle délégation de compétences n'aurait du reste pu se faire que sur la base d'un nouvel acte législatif. Le Conseil fédéral a donc dû se contenter des compétences qui sont les siennes en vertu de l'article 102, chiffre 10, de la Constitution fédérale (veiller à la sûreté intérieure de la Confédération, au maintien de la tranquillité et de l'ordre).

Le Conseil fédéral a en outre tenu à apporter les précisions suivantes. Les plébiscites sont des votations cantonales et ont d'ailleurs toujours été considérées comme telles dans la pratique. Ainsi, la mise à jour du registre des votants par le gouvernement bernois a-t-il fait l'objet de recours de droit public devant le Tribunal fédéral. Celui-ci, tout comme le Conseil fédéral et le canton de Berne, a toujours admis dans sa jurisprudence qu'il se trouvait en présence de votations cantonales. Cette position est d'ailleurs confirmée par la procédure entamée à la suite de la votation dans le Laufonnois; après que le Grand Conseil bernois a refusé d'entrer en matière sur un recours concernant l'affaire des «caisses noires» déposé par des citoyens laufonnais, ceux-ci ont formé un recours de droit public devant le Tribunal fédéral, en arguant du fait que l'aide financière apportée par le canton à l'une des parties avait faussé le résultat de la votation cantonale. Le Tribunal fédéral a décidé que ce recours était recevable et l'a admis. Des citoyens du Laufonnois ont ensuite recouru une nouvelle fois devant le Tribunal fédéral pour protester contre le résultat du débat qui avait eu

lieu au Grand Conseil bernois au sujet des versements aux antiséparatistes. Le Tribunal fédéral s'est, cette fois encore, déclaré compétent pour connaître du litige.

4. Considérations de la Commission de gestion

41. Données du problème

Il est important de savoir à quel titre l'Assemblée fédérale est habilitée à traiter la requête du 15 septembre 1987 présentée par le canton du Jura car la procédure n'est pas la même dans tous les cas. En effet, s'il l'on admet qu'elle est compétente en vertu de l'article 85, chiffre 12, de la Constitution fédérale (contestations administratives) ou en vertu de l'article 85, chiffre 13, de la Constitution fédérale (conflits de compétence entre autorités fédérales), l'autorité compétente pour examiner l'affaire est l'Assemblée fédérale (Chambres réunies). Il est prévu à l'article 12 du règlement de l'Assemblée fédérale (Chambres réunies) que, dans de tels cas, les bureaux instituent une commission composée de neuf membres du Conseil national et de quatre membres du Conseil des Etats. Cette commission soumet à l'Assemblée fédérale une proposition écrite dûment motivée. Au cas, en revanche, où l'on considérerait que l'Assemblée fédérale est habilitée à s'occuper de l'affaire uniquement en sa qualité d'autorité de haute surveillance, les dispositions applicables seraient celles relatives à l'examen des pétitions. Dans cette hypothèse, il appartiendrait aux commissions compétentes en la matière dans chacun des conseils – en l'occurrence les Commissions de gestion – de formuler une proposition à l'intention de leurs conseils respectifs.

Conscient de ce problème, la Commission de gestion a, le 19 novembre 1987 déjà, décidé d'examiner d'abord la question de la compétence. Etant donné que la compétence de l'Assemblée fédérale dépend essentiellement de la nature juridique de la requête présentée au Conseil fédéral par le canton du Jura, la Commission de gestion n'a pas exclu l'hypothèse selon laquelle la compétence en la matière pourrait revenir au Conseil fédéral.

42. Examen sous l'angle du pouvoir de haute surveillance

Le parlement exerce la haute surveillance sur tous les actes du Conseil fédéral et de l'administration. A ce titre, l'Assemblée fédérale est donc, par principe, subsidiairement compétente. Au cas où la requête du canton du Jura au Conseil fédéral serait considérée comme une plainte à l'autorité de haute surveillance, la Commission de gestion se trouverait confrontée à une procédure se situant en dehors des voies de recours prévues par la loi. Elle ne serait donc pas contrainte, comme le veut sa pratique constante dans les cas des recours ordinaires, de faire preuve de la même réserve qu'à l'égard des arrêts du Tribunal fédéral.

En intervenant en sa qualité d'autorité de haute surveillance, l'Assemblée fédérale n'a pas la compétence de prendre elle-même les décisions requises par le canton du Jura en ce qui concerne l'autorité compétente, voire le fond du problème. Le pouvoir de haute surveillance dont jouit l'Assemblée fédérale ne lui permet en effet ni de casser ni de modifier une décision du Conseil fédéral (art. 47quater, al. 4, de la loi sur les rapports entre les conseils).

En transmettant la requête du canton du Jura au Tribunal fédéral, le Conseil fédéral a déclenché la procédure judiciaire, actuellement pendante. Lorsqu'il y a procédure devant le Tribunal fédéral, les droits de l'autorité de haute surveillance répondent au principe de la subsidiarité. Pour éviter d'influer sur la décision du juge, l'Assemblée fédérale doit, tant que celui-ci n'aura pas tranché, renoncer à toute prise de position sur l'objet du litige au titre de l'exercice de la haute surveillance. Conformément à la pratique constante de la Commission de gestion, l'examen de l'affaire sous l'angle du droit de haute surveillance de l'Assemblée fédérale doit donc être suspendue jusqu'à ce que le Tribunal fédéral ait tranché.

43. Examen sous l'angle du conflit de compétence

L'éventualité d'un conflit de compétence négatif ne peut pas, il est vrai, être exclu en l'occurrence. Il est toutefois

impossible d'apprécier la situation tant que le Tribunal fédéral n'aura pas pris de décision quant à sa compétence. Conscients de ce problème, les représentants du canton requérant, lors de l'entretien qu'ils ont eu avec des membres de la Commission de gestion, ont d'ailleurs renoncé, en l'état de la procédure, à maintenir la conclusion dans laquelle le canton du Jura invoquait le conflit de compétence.

44. Examen sous l'angle de la contestation administrative
Selon la loi fédérale sur la procédure administrative (art. 73 et 79), les décisions prises par le Conseil fédéral sur recours contre des décisions et des actes législatifs cantonaux peuvent être déférés devant l'Assemblée fédérale, si le requérant invoque la violation de certaines dispositions de droit constitutionnel (celles concernant la gratuité de l'équipement du soldat, les écoles primaires publiques des cantons, l'interdiction des jésuites et les lieux de sépulture). Ce recours est également recevable si le requérant invoque une violation de dispositions, dans des traités internationaux, relatives aux relations commerciales ou douanières, aux brevets, à la libre circulation et à l'établissement ainsi que dans tous les cas où une loi fédérale prévoit la possibilité du recours à l'Assemblée fédérale.

La requête que le canton du Jura a adressée à l'Assemblée fédérale ne correspond manifestement à aucun des cas de contestation administrative prévus par la loi. Il n'est donc pas surprenant que le requérant invoque directement la compétence conférée à l'Assemblée fédérale par la constitution (celle-ci sera examinée de plus près au chiffre 4.5).

45. Examen sous l'angle de la compétence fédérale en matière

de modifications des frontières cantonales

Le requérant estime – et c'est là le principal argument qu'il invoque à l'appui de son point de vue – qu'il ne faut pas s'attendre à ce que le Tribunal fédéral entre en matière sur la requête qui lui a été transmise. Il précise en effet que le gouvernement cantonal, en tant qu'autorité, n'a pas qualité pour former un recours touchant au droit de vote et que l'action de droit public, selon lui, n'entre guère en ligne de compte puisque, à l'époque des événements en question, le canton du Jura n'existait pas encore et que, par voie de conséquence, l'objet de la requête ne peut pas avoir été un litige entre deux cantons. S'il doute de la compétence du Tribunal fédéral en la matière, le gouvernement jurassien est en revanche persuadé que le Conseil fédéral, lui, a la compétence de connaître de sa requête, cela en vertu de la constitution. Il estime en effet que la procédure de séparation s'est déroulée sous l'empire du droit fédéral. Il en veut pour preuve l'arrêté fédéral du 7 octobre 1970 concernant la garantie de l'additif constitutionnel, arrêté par lequel, selon lui, les Chambres fédérales ont chargé le Conseil fédéral de prendre les mesures nécessaires au sens de l'article 21 de l'additif à la constitution du canton de Berne, en vue d'assurer le déroulement régulier des consultations populaires. L'exécutif jurassien estime que le Conseil fédéral doit accomplir le devoir de surveillance qui lui incombe en vertu de l'article 102, chiffre 2 de la Constitution fédérale et donc, de son chef ou sur plainte, prendre les mesures nécessaires. Si l'on se rallie au point de vue du canton du Jura, on peut imaginer deux hypothèses: dans la première, on peut admettre qu'en adoptant l'arrêté fédéral de 1970 concernant la garantie de l'additif constitutionnel, les Chambres fédérales ont édicté des dispositions de droit fédéral régissant la procédure de séparation. Dans ce cas, l'article 21 de l'additif à la constitution du canton de Berne serait devenu une disposition de droit fédéral. Dans la seconde hypothèse, en revanche, on peut admettre que tel n'a pas été le cas et considérer cela comme une réelle lacune, qui doit être comblée (par une instance non encore désignée). Dans un cas comme dans l'autre, la requête adressée à l'Assemblée fédérale par le canton du Jura se fonde sur une contestation administrative qui n'est pas prévue par la loi et pour le règlement de laquelle il conviendrait, éventuellement, d'ins-

taurer une possibilité de recourir contre une décision du Conseil fédéral devant l'Assemblée fédérale.

Thèse du droit cantonal devenu droit fédéral:

En 1970, le gouvernement jurassien a parfaitement raison sur ce point, les autorités fédérales ont bien admis que, en l'absence d'une base légale expresse, la Confédération avait la compétence de participer au processus de partition du canton de Berne. Dans son message du 20 avril 1977 concernant la garantie de la constitution du futur canton du Jura, le Conseil fédéral qualifie d'ailleurs les dispositions constitutionnelles cantonales, telles celles contenues dans l'additif à la constitution du canton de Berne, de dispositions venant se substituer au droit fédéral là où celui-ci reste muet. Aussi le Conseil fédéral s'est-il estimé compétent, en 1978, pour édicter, sur la base de droit constitutionnel non écrit, une ordonnance sur la création du canton du Jura contenant des dispositions de droit constitutionnel cantonal applicables pendant la période transitoire.

Or, même si l'on admet que la Confédération avait la compétence de régler la procédure de séparation, le fait est que l'Assemblée fédérale, en accordant sa garantie à l'additif constitutionnel bernois, a décidé de ne pas édicter elle-même les dispositions nécessaires et de se rallier à la réglementation adoptée par le canton de Berne. En prenant cette décision – même si ce n'était que par arrêté fédéral simple – elle a délégué la responsabilité de régler la procédure au canton.

Par ailleurs, l'Assemblée fédérale ne s'est manifestement pas non plus heurtée au fait que l'additif constitutionnel ne prévoit aucune disposition particulière en matière de procédure de recours et que l'article 20 de ce dernier rend le droit cantonal applicable à toutes les procédures faisant suite à la consultation populaire. Les compétences en matière de recours n'ayant pas été modifiées, les recours touchant le droit de vote qui ont été formés consécutivement aux votations organisées dans le cadre de la procédure de séparation devront donc être portés devant le Tribunal fédéral, après épuisement des voies de droit devant le Conseil-exécutif du canton de Berne.

Thèse de la lacune dans le droit fédéral:

La décision de l'Assemblée fédérale d'adhérer aux dispositions édictées par le canton a eu pour conséquence que les citoyens qui estimaient avoir été lésés dans leur droit de vote, du fait de l'appui financier dont a bénéficié l'une des parties en présence, ont dû commencer par adresser leurs recours au Conseil-exécutif, bien que cette autorité soit précisément celle dont ils critiquaient la manière de procéder. Cependant, le fait que la première instance de recours soit à la fois juge et partie n'a rien d'exceptionnel en matière de droit électoral et n'est pas considéré comme étant anticonstitutionnel. La décision de l'Assemblée fédérale peut aussi avoir eu pour conséquence de priver le gouvernement du nouveau canton de tout moyen de recours lui permettant de contester, le cas échéant, les irrégularités constatées dans le processus de création du canton. La mise au point d'une telle voie de recours a posteriori peut, il est vrai, paraître judicieuse. Toutefois, le fait d'y renoncer ne peut pas être considéré comme une restriction anticonstitutionnelle des voies de recours (qui en l'occurrence étaient ouvertes à tous les citoyens intéressés). Il serait donc erroné de vouloir à tout prix voir dans la constitution quelque chose qui en fait, comme en témoignent les décisions de l'époque, ne s'y trouve pas.

L'élément déterminant pour répondre à la question concernant la compétence de l'Assemblée fédérale se trouve, finalement, dans les dispositions constitutionnelles réglementant la compétence pour connaître des contestations administratives: selon la Constitution fédérale en vigueur, l'Assemblée fédérale est – exception faite des conflits de compétence – exclusivement habilitée à traiter les décisions sur recours qui lui sont déférées dans le cadre de contestations administratives. En vertu de l'article 113 de la Constitution fédérale, les contestations administratives font exception à

la compétence générale qui est accordée au Tribunal fédéral par cette même constitution, à condition, toutefois, qu'elles soient définies dans la législation fédérale. Les cas qui ne sont pas expressément considérés comme étant des contestations administratives et donc soumis à la décision du Conseil fédéral, en vertu de la législation fédérale, relèvent automatiquement de la compétence du Tribunal fédéral. La structure même de cette réglementation de compétence exclut donc toute possibilité de lacune. Il n'existe par conséquent aucune base suffisante qui permette d'admettre la thèse de la contestation administrative fondée directement et exclusivement sur la constitution, contestation qui ressortirait à l'Assemblée fédérale.

5. Résultats

Les conclusions de la Commission de gestion sont les suivantes:

- en l'état des choses, aucune suite ne peut être donnée à la requête en tant qu'elle invoque un conflit de compétence entre Conseil fédéral et Tribunal fédéral; au cas où un tel conflit éclaterait effectivement, le requérant aurait tout loisir de faire valoir son point de vue en temps utile;
- en l'état des choses, aucune suite ne peut être donnée à la requête en tant qu'elle invoque le pouvoir de haute surveillance de l'Assemblée fédérale étant donné les procédures pendantes devant le Tribunal fédéral. La commission attire l'attention du requérant sur le fait qu'il aura l'occasion, après réception de l'arrêt du Tribunal fédéral, de faire savoir à l'Assemblée fédérale s'il entend invoquer le pouvoir de haute surveillance qu'elle exerce sur le tribunal;
- aucune suite ne peut être donnée à la requête en tant qu'elle invoque une contestation administrative, étant donné que l'Assemblée fédérale n'est pas compétente en la matière.

Antrag der Kommission

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Rat, der Eingabe des Kantons Jura keine Folge zu geben. Das Bundesgericht wird eingeladen, das sistierte Verfahren wieder aufzunehmen.

Proposition de la commission

La Commission de gestion propose au Conseil de ne pas donner suite à la requête du canton du Jura. Le Tribunal fédéral est invité à reprendre la procédure qui a été suspendue.

M. Theubet: Je m'exprime ici au nom de la députation jurassienne au Conseil national, soit M. Pierre Etique et moi-même. Il nous paraît opportun de vous faire savoir quel est l'avis du gouvernement jurassien et celui des représentants de la population de notre canton au stade où en est la présente affaire actuellement. Le gouvernement jurassien, tout en regrettant que la Commission de gestion renonce à ordonner au Conseil fédéral de se saisir immédiatement de l'affaire, prend acte de la décision consistant à inviter le Tribunal fédéral à statuer au préalable sur sa compétence en la matière. En outre, l'exécutif jurassien constate avec satisfaction que la commission fait sienne sa thèse selon laquelle le droit cantonal touchant les plébiscites est devenu droit fédéral, les autorités fédérales ayant admis en 1970 que la Confédération, en l'absence d'une base légale expresse, avait la compétence de participer au processus de partition du canton de Berne. Notre gouvernement cantonal voit aussi, à la lecture du rapport de la commission qu'il est admis que la Confédération aurait pu elle-même établir les règles de procédure pour la création d'un nouveau canton, ce qui confirme le point de vue qu'il a toujours défendu. Ce même gouvernement enregistre également que la Commission de gestion «n'a pas exclu l'hypothèse selon laquelle la compétence en la matière pourrait revenir au Conseil fédéral» et que sa proposition de ne pas donner suite à la requête jurassienne tient essentiellement au fait que le Conseil fédéral a transmis le dossier au Tribunal fédéral. Enfin, le gouvernement de notre canton attend avec intérêt

la décision du Tribunal fédéral. Pour le cas où celui-ci se déclarerait incompétent ou ne traiterait pas de l'affaire au fond, il devra saisir à nouveau l'Assemblée fédérale qui sera obligée de trancher le conflit de compétences entre les instances fédérales exécutive et judiciaire.

Quant aux deux élus jurassiens sous cette coupole, ils se déclarent satisfaits de constater que, grâce à la décision que l'Assemblée fédérale prendra – et que nous souhaitons positive – le canton du Jura obtient la garantie qu'une autorité fédérale tranchera la question du soutien financier accordé par le canton de Berne à l'une des parties impliquées dans les plébiscites de 1974 et 1975. De plus, nous sommes en parfait accord avec notre gouvernement lorsqu'il déclare que le canton du Jura entend respecter le droit. Nous tenons toutefois à attirer votre attention sur le fait que, si des moyens dilatoires trop manifestes étaient utilisés, les citoyens de notre canton et peut-être ceux d'autres cantons pourraient ne pas comprendre pourquoi l'affaire tarde à être traitée. Pour nous, une chose est certaine: dans un Etat de droit, les litiges doivent être jugés. Ils ne sauraient être tranchés par des mesures extra-légales. Le canton du Jura respecte ce principe et il s'attend à ce que les autorités concernées le respectent également.

Ces précisions données, nous vous invitons à suivre la proposition formulée par la Commission de gestion.

Müller-Meilen: Die Geschäftsprüfungskommission hat eingehende und fundierte juristische Überlegungen zur Eingabe der jurassischen Regierung an den Bundesrat angestellt, die die sogenannten Juraplebizite als ungünstig erklären will. Die Eingabe droht nunmehr zu einem Schwarzpeter zu werden, der zwischen Bundesgericht, Bundesrat und Bundesversammlung hin und her geschoben wird. Es mag gute juristische Gründe geben, die für die jeweiligen Entscheide sprechen. Erlauben Sie mir aber doch, einige staatspolitische Überlegungen anzustellen.

Die verdeckten Zahlungen, die von der Berner Regierung für die Antiseparatisten beschlossen wurden, waren zweifellos stossend, weil sie 1. verdeckt waren, und weil sie 2. der Kontrolle der bernischen Regierung nicht mehr unterstanden. Es ist begreiflich, dass darüber bei den ehemaligen Separatisten im heutigen Jura Empörung herrschte, als die Berner Finanzaffäre dies an den Tag brachte. Wer allerdings den ausserordentlich harten und mit grösstem Einsatz auf beiden Seiten ausgefochtenen Abstimmungskampf von 1974 aus der Nähe betrachtet, kommt wohl um die Feststellung nicht herum, dass diese Mittel den Volksentscheid nicht wesentlich beeinflusst haben.

Dass die jurassische Regierung diese Plebiszitentscheide heute mit ihrer Eingabe widerrufen will, halte ich deshalb nicht nur für unbegründet, sondern auch für unbedacht. Sie stellt damit nicht nur die Gründung des Kantons Jura, die auf dem bernischen Verfassungszusatz von 1970 und dann auf den Plebisziten beruht, in Frage, sondern sich selbst. Wenn man die Absicht der Eingabe vorwegnehmen würde, so wäre sie nicht von fünf jurassischen Regierungsräten, sondern von fünf Berner Bürgern eingereicht worden.

Die Gründung des Kantons Jura hat sich sicher im ganzen als eine schwierige, aber doch glückliche Tat eidgenössischer Politik erwiesen. Wir sollten diesen Schritt nicht mehr – auch nicht durch juristische Eingaben – in Frage stellen lassen. Ich halte es im Grunde für unglücklich, einen Entscheid von der staatspolitischen Tragweite der Aufhebung einer Kantonsgründung dem Bundesgericht zu überlassen, das über die Gültigkeit der Plebiszite von 1974 entscheidet. Es entspricht an sich nicht schweizerischer Tradition, dass politische Entscheide von dieser Bedeutung einem Gericht – auch nicht dem Bundesgericht – überlassen werden. Die Schwierigkeiten ergeben sich allerdings daraus, dass diese Gründung auf Entscheiden in kantonalen Abstimmungen beruhte. Man wird deshalb beim jetzigen Stand der Dinge das Bundesgericht noch einmal begrüssen müssen. Wenn das Bundesgericht aber, was durchaus möglich, ja wahrscheinlich ist, sich erneut als unzuständig erklärt, dürfte die Eingabe ohnehin erneut bei der Bundes-

versammlung landen, wie dies mein Vorredner gesagt hat. Irgend jemand wird dann schliesslich einmal sagen müssen, dass auf die Beschwerde nicht eingetreten werden kann, weil man die Jura-Frage nicht noch einmal von Grund auf aufwerfen, weil man nicht zehn Jahre Geschichte ungeschehen machen kann.

Ich bitte die Geschäftsprüfungskommission, beim nächsten Durchgang den Mut zu haben, die Eingabe materiell zu entscheiden und damit zu erledigen.

M. Houmard: Je tiens à remercier le groupe de travail formé des sections «justice et police», des Commissions de gestion du Conseil des Etats et de notre conseil. Je leur sais gré d'avoir préparé avec beaucoup d'objectivité le rapport qui nous est présenté et qui ainsi a pu être accepté à l'unanimité de la commission.

Par un biais juridique et en invoquant un conflit de compétences entre le Conseil fédéral et le Tribunal fédéral, le gouvernement jurassien a tenté de faire trancher des questions de fond par le Parlement. Or, il ressort clairement du rapport très fouillé de la Commission de gestion qu'il n'y a pas de conflit de compétences. D'ailleurs, entendus par le groupe de travail, les représentants du canton du Jura ont, eux-mêmes, en l'état actuel de la procédure, abandonné cette idée, même si, au départ, toute l'argumentation de la requête était axée sur ce litige.

En accordant sa garantie à l'additif constitutionnel bernois, l'Assemblée fédérale a décidé de se rallier à la réglementation adoptée par le canton de Berne. Inutile donc d'entrer en matière sur le fond d'une demande prématurée, sinon aventureuse. Je vous demande de rester, comme la commission nous le propose, sur le terrain juridique. Acceptons pleinement les conclusions du rapport.

Leuenberger Moritz, Berichterstatter: Ich möchte insbesondere auf das Votum von Herrn Müller ein wenig eingehen, in der Befürchtung, es seien dadurch Unsicherheiten entstanden. Es geht gerade nicht um einen politischen Entscheid. Die politische Frage, ob damals durch die Zahlungen des Abstimmungsverhalten und eventuell sogar die Grenzen des Kantons Jura beeinflusst worden wären, steht heute nicht zur Diskussion. Trotz allem Mut, den uns Herr Müller wünscht, können wir nicht entscheiden, wir seien für eine Beschwerde materiell zuständig. Das würde nämlich heissen, dass schon der Bundesrat materiell zuständig gewesen wäre; er hätte zu Unrecht seine Kompetenz verneint.

Ich will deswegen ganz kurz zusammenfassen, wie unsere Überlegungen waren:

Erste Frage: Handelt es sich um eine Administrativstreitigkeit im Sinne von Artikel 85 Ziffer 12 der Bundesversammlung? Das Gesetz nennt diese Fälle abschliessend. Es sind all die Fälle, die jeder, der Anwalt ist, beim Examen auswendig kennen musste. Es geht um die unentgeltliche Ausrüstung der Wehrmänner, um das kantonale Schulwesen, um die Begräbnisplätze und wenig anderes. Die Eingabe des Kantons Jura fällt ganz sicher nicht unter diese speziell genannten Ausnahmen.

Die zweite Frage war: Ist anlässlich des Verfahrens zur Kantonsteilung Bundesrecht geschaffen worden? Bestand eine Beschwerdemöglichkeit an den Bundesrat, im Falle der Ablehnung durch diesen auch an die Bundesversammlung? Das wäre eine dergleichen grosse Ausnahme von der Regel gemäss Artikel 85 Ziffer 12 der Bundesverfassung, dass man sie ausdrücklich hätte nennen müssen.

Man hat sich damals, als man diese Verfahrensregeln schuf, offenbar damit begnügt, dass in dieser Frage kein besonderer Rechtsschutz statuiert wurde. Es hätte eine besondere Bestimmung gebraucht, damit der Weg an den Bundesrat und dann an die Bundesversammlung gegeben wäre. Alle Fälle aber, die nicht ausdrücklich als Administrativfälle genannt sind, werden an das Bundesgericht gewiesen. Deswegen ist das Bundesgericht auch hier kompetent.

Zweite Frage: Wir wären auch dann zuständig – und das hat Herr Müller wahrscheinlich gemeint –, wenn zwischen Bundesrat und Bundesgericht ein Kompetenzkonflikt bestünde.

Das wäre dann der Fall, wenn beide sagen: nein, wir haben mit der Beschwerde nichts zu tun. Ich muss aber darauf hinweisen, dass das nicht der Fall ist. Nur der Bundesrat hat gesagt, er habe mit der Beschwerde nichts zu tun. Er hat sie an das Bundesgericht gesandt. Das Bundesgericht aber hat nicht gesagt, es sei nicht zuständig, sondern es hat die Sache sistiert, bis wir, die Bundesversammlung, über die Frage der Administrativstreitigkeit entschieden haben.

Wenn Sie unserem Antrag folgen, geht die Sache nachher an das Bundesgericht; dieses hat materiell zu entscheiden. Sollte das Bundesgericht wider Erwarten sagen: nein, wir sind nicht zuständig, liegt ein negativer Kompetenzkonflikt vor, und dann kämen wir wieder zum Zug. Das aber ist im Moment nicht der Fall.

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, gemäss welcher wir allenfalls zuständig wären, die Aufsichtseingabe des Kantons Jura zu behandeln: es ist die parlamentarische Oberaufsicht. Hier ist es immer die Praxis der GPK und des Parlamentes gewesen, dass wir, solange eine Beschwerde beim Gericht anhängig ist, wegen der Gewaltenteilung nicht unsererseits tätig werden und eine Eingabe materiell überprüfen können. Die Beschwerde ist beim Bundesgericht eben noch hängig, und solange das Bundesgericht in dieser Sache nicht entschieden hat, werden wir nicht tätig. Das haben wir in allen anderen Fällen von Bürgern, die parallel mit ihrer Beschwerde an das Bundesgericht auch die GPK bedienen, auch so gemacht.

In diesem Sinne muss ich Sie ersuchen, den Anträgen der Geschäftsprüfungskommission zu folgen.

Bundesrätin Kopp: Der Bundesrat unterstützt den Antrag der Geschäftsprüfungskommission, der Aufsichtseingabe keine Folge zu geben. Ich bitte Sie, diesen Antrag zum Beschluss zu erheben.

Der Bundesrat lässt sich – ganz kurz zusammengefasst – von folgenden Erwägungen leiten:

Die Zuständigkeit der drei obersten Gewalten im Bund ist auf Verfassungs- und Gesetzesstufe festgelegt. Der Bundesrat hat seine Zuständigkeit zur Behandlung der Aufsichtseingabe des Kantons Jura gegen den Kanton Bern zu zwei Malen verneint und die Eingabe dem seines Erachtens zuständigen Bundesgericht überwiesen. Das Bundesgericht hat die Eingabe entgegengenommen, ohne seine Zuständigkeit bisher geprüft zu haben. Wie der Bundesrat, muss auch das Bundesgericht seine Zuständigkeit von Gesetzes wegen prüfen.

Es ist kein Rechtstitel erkennbar, unter dem die Bundesversammlung in das jetzt beim Bundesgericht hängige und von diesem sistierte Verfahren eingreifen dürfte. Sie darf dem Zuständigkeitsentscheid des Bundesgerichtes weder vorgreifen noch ihn sonst irgendwie beeinflussen. Bundesrat und Bundesgericht entscheiden über ihre Zuständigkeit endgültig.

Sollte auch das Bundesgericht – der Präsident der Kommission hat zu Recht darauf hingewiesen – seine Zuständigkeit verneinen und der Bundesrat seinerseits auf seiner Unzuständigkeit beharren, so wäre bei der Bundesversammlung der Kompetenzkonflikt zu entscheiden. Nur in diesem Falle wäre die Bundesversammlung zuständig, einzuschreiten. Wie aber bereits dargelegt wurde: Ein solcher negativer Kompetenzkonflikt liegt im gegenwärtigen Augenblick nicht vor.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Ihrer Kommission zuzustimmen.

Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Rat, der Eingabe des Kantons Jura keine Folge zu geben. Das Bundesgericht wird eingeladen, das sistierte Verfahren wieder aufzunehmen. Ein anderslautender Antrag liegt nicht vor. Sie haben so beschlossen.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Aufsichtsbeschwerde des Kantons Jura gegen den Bundesrat

Recours hiérarchique du canton du Jura auprès du Conseil fédéral

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.261
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.06.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	616-624
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 360

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.